

Wirtschaft und Politik

Europa sucht Ausweg aus Afghanistan

Truppen geraten in die Defensive - El Kaida droht Deutschland

ERIC BONSE | BRÜSSEL HELMUT HAUSCHILD | NEU-DELHI KATHARINA KORT | MAILAND In Europa bröckelt die Unterstützung für den Nato-Einsatz in Afghanistan. Nach Deutschland und den Niederlanden diskutiert auch Italien über einen vorzeitigen Abzug. Auslöser ist der Tod von sechs italienischen Soldaten nach einem Selbstmordattentat der radikalislamischen Taliban auf einen Militärkonvoi in Kabul. Ministerpräsident Silvio Berlusconi sprach sich nach dem Vorfall für den Abzug italienischer Soldaten aus, nannte jedoch keinen Termin.

Umfragen zeigen, dass die Italiener den Einsatz mit klarer Mehrheit ablehnen. Der "öffentliche Diskurs" zu Afghanistan bewege sich jedoch "in die falsche Richtung", warnte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Auch in Deutschland und den Niederlanden sind die Gegner des Einsatzes in der Mehrheit; in Großbritannien bekommen sie ebenso wachsenden Zulauf. Die Niederlande haben sich bereits auf einen Abzug ihrer Truppen im nächsten Jahr festgelegt, Kanada zieht 2011 ab.

Frankreichs Verteidigungsminister Hervé Morin warnte Italien vor einem übereilten Rückzug. Er verstehe die Trauer und die Wut, sagte Morin, der gerade Afghanistan und die dort stationierten französischen Truppen besucht. Ein überstürzter Abzug würde jedoch den Taliban in die Hände spielen, sagte er. Derzeit brodelt es vor allem innerhalb der Regierungskoalition von Berlusconi. Lega-Nord-Chef Umberto Bossi forderte den kompletten Abzug der italienischen Soldaten bis Weihnachten.

Berlusconi dagegen sprach sich klar gegen einen kompletten Abzug der 2800 italienischen Soldaten aus und wies auf den bereits geplanten Rückzug von 500 Soldaten hin: "Wir haben bereits das mit den Alliierten abgesprochene Projekt, jene Soldaten zurückzuholen, die wir für die Wahlen entsendet haben. Und dann müssen wir eine 'Transition Strategy' festlegen, um der neuen Regierung mehr Verantwortung zu übertragen." In Deutschland versuchte die Terrororganisation El Kaida mit neuen Drohvideos eine Woche vor der Bundestagswahl die Stimmung gegen den Afghanistan-Einsatz anzuheizen. Gestern wurde eine weitere gegen Deutschland gerichtete Videobotschaft im Internet bekannt. Nach Angaben des auf islamistische Webseiten spezialisierten Intelcenters mit Sitz in den USA zeigt sie erneut den aus Bonn stammenden mutmaßlichen El-Kaida-Terroristen Bekkay Harrach. Er hatte bereits am Freitag auf einem anderen Video in deutscher Sprache mit einem "bösen Erwachen" nach der Bundestagswahl gedroht, sollten die deutschen Truppen nicht aus Afghanistan abziehen.

Die Debatte um den deutschen Einsatz war bereits vor zwei Wochen neu aufgeflammt, nachdem ein von der Bundeswehr angeforderter Luftangriff auf zwei gekaperte Tanklastzüge außer rund 60 Talibankämpfern vermutlich auch 30 zivile Todesopfer gefordert hatte. Nach einem Bericht des "Spiegel" soll der kommandierende Oberst Georg Klein dabei schwere Fehler begangen haben. Klein habe den herbeigerufenen US-Bombern die Fragen nach einer unmittelbaren Bedrohung und Feindkontakt bestätigt, obwohl dies nicht zugetroffen habe, schreibt das Magazin. Er hätte deshalb den Angriffsbefehl nicht geben dürfen. Auch habe Klein es abgelehnt, durch demonstrativen Tiefflug die um die Tanklasters versammelten Menschen zu warnen. Die Bundeswehr befürchtete einen Angriff der zum Zeitpunkt des Bombardements im Sand feststeckenden Tanklasters auf ihr Feldlager in Kundus.

Die hohen Verluste in der Zivilbevölkerung und bei den Isaf-Truppen sind die Hauptgründe für die wachsende Kritik an dem Einsatz in Europa. Allein in diesem Jahr starben 357 ausländische Soldaten, darunter ein wachsender Anteil aus Kontinentaleuropa, während zuvor überwiegend die USA, Großbritannien und Kanada Opfer beklagen mussten. Trotzdem kommt der Einsatz seinem Ziel, Afghanistan zu befrieden und zu demokratisieren, nicht näher.

Der scheidende Bundeswehrkommandeur im Norden Afghanistans, Jörg Vollmer, beklagt in einem aktuellen Einsatzbericht gravierende Mängel bei Stärke und Ausrüstung seiner Truppe. Im schwierigsten Gebiet um die Stadt Kundus sei mit der derzeitigen Zahl von Kampftruppen eine "sofortige und raumgreifende Lageverbesserung nicht möglich", schreibt der Brigadegeneral in einem Bericht, den der "Focus" zitiert. Das deutsche Kontingent brauche mindestens eine zusätzliche Infanteriekompanie, um die Initiative wiederzuerlangen. Auch der Generalstabchef der US-Streitkräfte, Michael Mullen, hält mehr Soldaten für nötig, um den Einsatz erfolgreich zu beenden. Er forderte die US-Regierung auf, "mehr Druck auf unsere Nato-Verbündeten auszuüben", um die Zahl der Soldaten zu erhöhen.

Deutschland und Frankreich wollen ihr Engagement jedoch nicht ausweiten. Sie setzen darauf, dass die afghanische Armee mehr Aufgaben übernimmt - und so einen schrittweisen Rückzug der europäischen Truppen ermöglichen. Die USA dagegen wollen laut einem Zeitungsbericht die Präsenz des Geheimdienstes CIA in Afghanistan massiv ausbauen. Er soll unter anderem Anschläge verhindern und bei der Jagd hochrangiger Taliban helfen.

Kasten: Karsai vs. Abdullah

Umstrittenes Ergebnis

Amtsinhaber Hamid Karsai hat bei der Präsidentenwahl nach Angaben der afghanischen Wahlbehörde 54,6 Prozent der Stimmen gewonnen und damit im ersten Anlauf die nötige absolute Mehrheit erreicht. Sein Herausforderer Abdullah Abdullah komme auf 27,7 Prozent. Die von den Vereinten Nationen unterstützte Wahlbeschwerdekommission jedoch hat "klare und überzeugende Beweise für Betrug" entdeckt und zählt die Stimmen aus mehr als zehn Prozent der Wahllokale neu aus.

Schnelle Aufklärung gefordert

Sollte Karsai dabei unter die absolute Mehrheit rutschen, ist eine Stichwahl nötig. Die afghanische Wahlbehörde drängt zu einer schnellen Aufklärung der Betrugsvorwürfe. Wahlleiter Daud Ali Nadschafi drängt die Beschwerdekommision, nur eine Stichprobe der verdächtigen Wahlurnen neu auszuzählen. Sollte doch noch eine Stichwahl zwischen Karsai und Abdullah nötig werden, müsse sie wegen des baldigen Wintereinbruchs in den Bergen noch im Oktober stattfinden, sagte Wahlleiter Daud Ali Nadschafi. huh

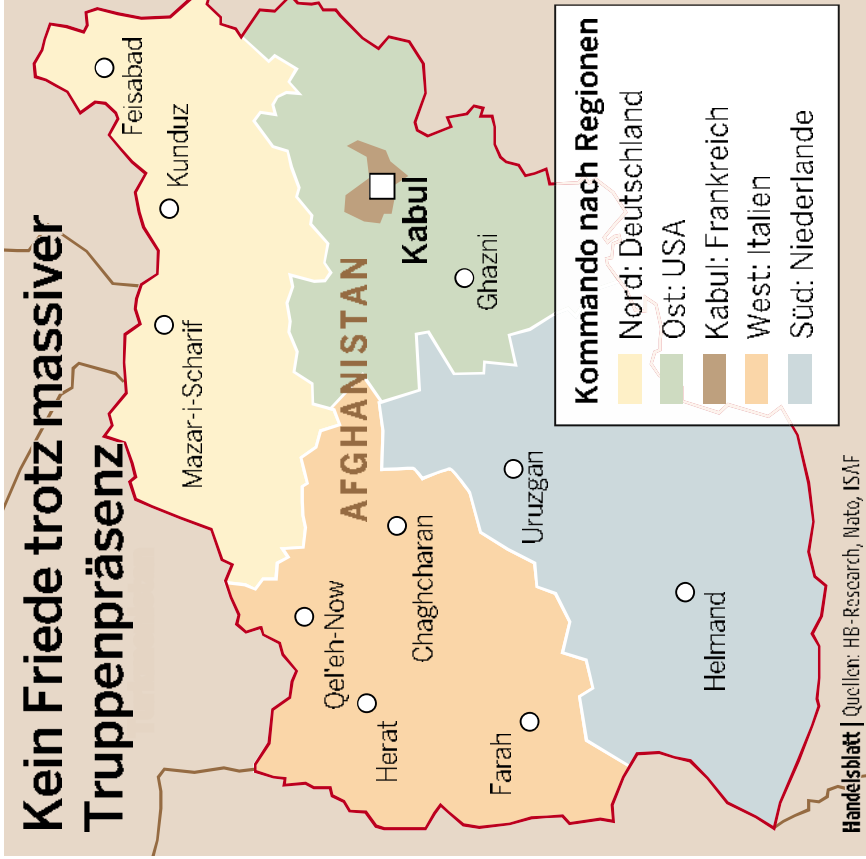
Hauschild, Helmut

Bonse, Eric

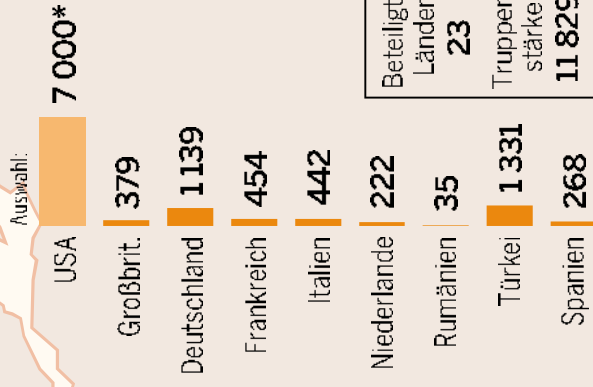
huh

Kort, Katharina

Kein Friede trotz massiver Truppenpräsenz

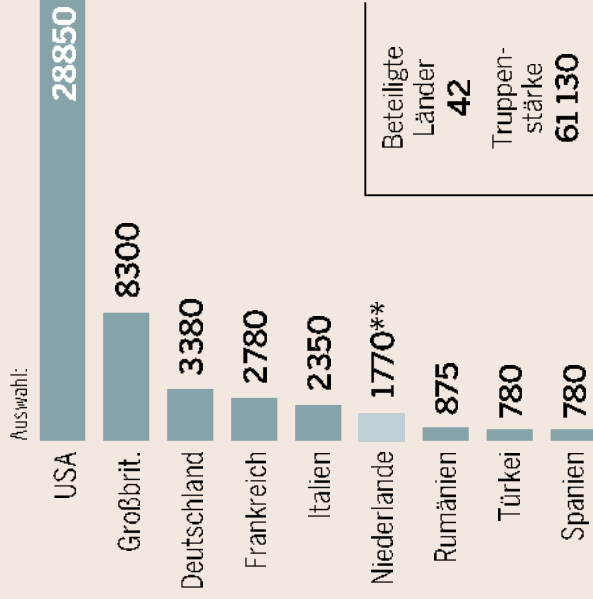


Truppenstärke der Isaf Dezember 2002:



*damals noch als Operation Enduring Freedom

September 2009:



**wollen Truppen bis Juli 2010 abziehen; Schweiz und Südkorea haben ihre Kontingente mit insgesamt 241 Soldaten bereits abgezogen

Handelsblatt Nr. 181 vom 21.09.2009

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.